

## Im Gespräch mit: Julia Metag

Mit dem Krieg in Gaza prasseln noch mehr negative Nachrichten auf uns ein. Schon heute vermeidet ein Drittel der Bevölkerung Nachrichten, um der Negativspirale zu entkommen. Was das mit Politikverdrossenheit zu tun hat und weshalb die Wahlbeteiligung von 46,6 Prozent in der Schweiz trotzdem noch kein Alarmsignal sein muss, erklärt Medienforscherin Julia Metag.

# Zu viel der schlechten Nachrichten

Katrin Schregenberger

*Frau Metag, der jüngste Reuters-Report ergab, dass rund ein Drittel der Schweizerinnen und Schweizer manchmal oder sogar oft Nachrichten aktiv vermeiden. Auch jetzt, wo sich Krise an Krise reiht, wählen einige diesen Weg.*

**Julia Metag:** Nachrichtenvermeidung ist nicht gleich Nachrichtenvermeidung. Vermeide ich sie immer, egal bei welchem Thema, oder ist es eine selektive Vermeidung von gewissen Themen? Wenn es jetzt 33 Prozent wären, die nie Nachrichten konsumieren und also bei wichtigen politischen Themen komplett abgehängt sind, dann ist das kritisch. Doch im Reuters-Report berichten die meisten von selektiver Nachrichtenvermeidung, vielleicht auch nur über gewisse Phasen. Das ist nicht unbedingt problematisch. Und: Mit 33 Prozent ist die Schweiz im weltweiten Vergleich nicht oben mit dabei, was die Abkehr der Bevölkerung von News angeht.

*Es gibt umgekehrt auch Leute, die bei Schreckensmeldungen in einen Sog geraten und alles zu dem Thema unaufhörlich konsumieren, das sogenannte Doomscrolling. Was für ein psychologischer Prozess steckt dahinter?*

**Metag:** Negative Nachrichten erregen unsere Aufmerksamkeit. Es entsteht ein Bedrohungsszenario und das Gefühl, dass man über jeden kleinsten Schritt informiert sein muss. Das ist vor allem der Fall, wenn man sich betroffen fühlt. Das Nachrichtenumfeld fördert solche Tendenzen auch, weil wir jederzeit Zugriff haben auf Nachrichten, weil sie uns über Pushnachrichten aufs Handy gespielt werden. Wir können uns also schlechter entziehen.

*Berichten wir Medien zu viel über gewisse Ereignisse?*

**Metag:** Wir haben diese Frage bei einer Studie über den Brexit und die Berichterstattung darüber in der Schweiz untersucht. Über den Brexit wurde in einem gewissen Zeitraum sehr, sehr viel berichtet. Da führte allerdings nicht nur die reine Wiederholung des Themas dazu, dass die Leute es mit der Zeit vermieden, sondern auch die Art der Darstellung: Es schreckte sie ab, wenn das Thema sehr komplex aufbereitet war – oder wenn sie das Gefühl hatten, dass eine politische Agenda dahinter steht.

*Es fällt auf, dass Männer häufiger Nachrichten konsumieren als Frauen.*



Ereignisse wie der Nahostkonflikt führen zu einem Schwall schlechter Nachrichten.

BILD KEY

*Frauen schützen sich auch häufiger vor negativen Nachrichten. Weshalb?*

**Metag:** Ein Grund könnte sein, dass Männer konflikt- und gewalthaltige Informationen weniger meiden als Frauen, wie Studien ermittelt haben.

*Lokalnachrichten werden laut der Forschung kaum vermieden. Schotten sich Bürgerinnen und Bürger zunehmend von allem ab, was sie nicht unmittelbar betrifft?*

**Metag:** Ja, denn das ist eben das, was uns im direkten Umfeld betrifft. Und es hängt vielleicht auch damit zusammen, dass das Lokale oft weniger komplex erscheint.

*Eine Studie zeigt, dass Menschen, die keine News konsumieren, auch häufiger nicht wählen oder abstimmen gehen.*

**Metag:** Medienvertrauen und Politikvertrauen – oder Politikverdrossenheit – hängt eng miteinander zusammen. Diejenigen, die der Politik wenig vertrauen, vertrauen auch den Medien wenig.

*Heisst das, wenn man sie mit News erreichen könnte, würden sie wählen gehen?*



Julia Metag

Julia Metag ist Professorin für Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster. Zuvor bekleidete sie dieselbe Position an der Universität Fribourg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politische Kommunikation, Wissenschaftskommunikation und Medienwirkungsforschung.

**Metag:** Nein. Der Zusammenhang besteht in beide Richtungen. Auf der einen Seite kann man sagen, dass die Menschen, die mit der Politik unzufrieden sind, sich auch von den Medien nicht wahrgenommen fühlen, die Medien als Forum der politischen Eliten ansehen und deshalb eher meiden. Die umgekehrte Variante ist, dass die Medien negativ berichten und deshalb die Leute der Politik nicht vertrauen. Man kann also auch intensiv Medien nutzen und trotzdem politikverdrossen sein.

*Welche Rolle spielt das Vertrauen in die politischen Institutionen?*

**Metag:** Wenn ich im Kontakt mit politischen Institutionen das Gefühl habe, dass die Leute nicht ehrlich sind, dann kann das das Vertrauen – auch jenes in die Medien – natürlich untergraben. Man sieht das auch bei Leuten, die eher eine populistische oder politisch extremere Einstellung haben: Das Politik- und Medienvertrauen ist da oft gering ausgeprägt.

*Zeigt sich Politikverdrossenheit und Medienvermeidung in anderen Ländern mit autokratischen Tendenzen stärker?*

**Metag:** Brasilien zum Beispiel steht mit an der Spitze der Nachrichtenvermeider. Die Nachrichtenvermeidung ist häufig in Ländern stark, in denen Populismus und Polarisierung dominieren. In den USA zeigte sich das auch in der Amtszeit von Trump, der das auch populär gemacht hat, den Medien zu misstrauen und der politischen Elite, obwohl er ja selbst dazugehört.

*Zeigte sich ein Trump-Knick in der Mediennutzung?*

**Metag:** Ja, bei der Nutzung von Qualitätsmedien. Vor allem konservative Bürgerinnen und Bürger zeigten hier ein viel geringeres Vertrauen und nutzten häufig alternative Medien.

*Sie haben in der Schweiz geforscht, nun forschen Sie in Deutschland. Dort bestehen weniger Möglichkeiten der demokratischen Teilhabe. Welchen Einfluss hat dies auf das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger?*

**Metag:** Die Demokratiezufriedenheit ist grundsätzlich höher, wenn die Leute regelmäßig abstimmen können, deshalb ist sie in der Schweiz höher als in Deutschland. Wobei sich das nicht zwingend in der Beteiligung niederschlägt.

*Das heisst, eine Wahlbeteiligung von 46,6 Prozent, wie in der Schweiz vergangenes Wochenende, muss kein Alarmzeichen sein?*

**Metag:** Es heisst zumindest nicht unbedingt, dass der Rest der Bevölkerung unzufrieden ist. Aber natürlich wäre eine höhere Beteiligung wünschenswert, damit man weiss, wie der Rest der Bevölkerung denkt.

*Geben Sie uns zuletzt noch eine Handlungsempfehlung. Wenn es jemandem zu viel wird mit Gaza und Israel und dem Ukraine-Krieg, was kann er oder sie machen?*

**Metag:** Ausgewählt Nachrichten zu konsumieren. Möglichst von journalistischen Medien, bei denen sichergestellt wird, dass Bilder und Videoausschnitte eine gewisse ethische Grenze respektieren. Und im Hinblick auf das psychische Wohlbefinden ist es sinnvoll, News-Pausen einzulegen. Man kann zum Beispiel sagen: Ab abends um 9 Uhr empfängt man keine Pushnachrichten mehr und schaut auch nicht mehr in die entsprechenden Feeds auf Social Media. So kann man vor dem Einschlafen abschalten.

## Sahra Wagenknecht macht sich selbstständig

Die deutsche Politikerin und ihre Mitstreiter wollen Die Linke verlassen und ihre eigene Partei gründen.

Hansjörg Friedrich Müller

BERLIN. Sahra Wagenknecht hat ihre neue Partei noch gar nicht gegründet, da gab es bereits eine erste Demonstration gegen sie. Am Montag lud die deutsche Politikerin zur Pressekonferenz ins Berliner Regierungsviertel. Vor dem Gebäude stand ein versprengtes Häuflein: «Gründet Firmen, nicht Parteien», hiess es auf dem Transparent der jungen Leute, die einer arbeitgebernahen Lobbyorganisation angehörten. So liess das wirtschaftliche Establishment gegen die linke Politikerin protestieren.

Drinnen erläuterten Wagenknecht und ihre Mitstreiter ihre Pläne. Ihre bisherige Partei, Die Linke, halten sie für gescheitert. Trotz einer verlorenen Wahl nach der anderen sei dort kein Umdenken erkennbar, sagte Amira Mohamed Ali, neben Wagenknecht das bekannteste Gesicht auf dem Podium. Linken Zeitgeistthemen will Wagenknecht ein



Sie will eine grosse Rolle in der deutschen Politik spielen: Sahra Wagenknecht. BILD KEY

Programm entgegensetzen, das in manchem an die SPD der Achtzigerjahre erinnert: Industriepolitik statt Klimaaktivismus, Entspannung statt Konfrontation, Geld für die Infrastruktur statt fürs Militär.

Manches, was Wagenknecht sagte, dürfte auch unter Konservativen oder Rechten ankommen: Unkontrollierte

Zuwanderung müsse sofort gestoppt werden. Die Sanktionen gegen Russland sollten hinterfragt werden. Als «Putin-nah» wolle sie sich für solche Ansichten nicht diffamieren lassen. Israel sprach sie zwar das Recht zu, sich zu verteidigen, nannte Gaza aber auch ein «Frei-luftgefängnis». Damit griff sie ein Wort auf, das man normalerweise von Gegnern des jüdischen Staates hört. Vorwürfen, sie strebe eine Querfront aus Linken und Rechten an, widersprach Wagenknecht entschieden. Was die AfD betrifft, scheint sie sich eher als mögliche Drachentöterin zu sehen: Verzweifelten Wählern, die sich in den letzten Jahren für die Rechtsradikalen entschieden hätten, wolle sie eine «seriöse Alternative» bieten.

Erfolgen soll die Gründung im Januar; bis dahin wollen Wagenknecht und ihre Mitstreiter Teil der Linken-Fraktion im Bundestag bleiben. Für die Linkspartei könnte ihr Abgang den To-

desstoss bedeuten: Elf Abgeordnete haben angekündigt, die Partei zu verlassen, wodurch diese ihren Fraktionsstatus verlöre. Martin Schirdewan, der Chef der Linkspartei, forderte die Abtrünnigen am Montag auf, aus dem Bundestag auszuscheiden. Die künftigen Parteigründer lehnen dies ab.

**Vorerst heisst die Partei nach ihr**

Die Marktlücke, die Wagenknecht und ihre Kollegen sehen, ist durchaus vorhanden: 27 Prozent könnten sich laut einer Umfrage vorstellen, die neue Partei zu wählen. Der politische Kalender könnte ihr in die Hände spielen: Die erste Wahl, bei der die neue Formation antreten will, ist jene zum EU-Parlament im Frühjahr. Anders als bei Bundestags- oder Landtagswahlen gibt es dabei keine 5-Prozent-Hürde. Im Herbst 2024 folgen dann drei Landtagswahlen in Ostdeutschland, wo Wagenknechts Gedankengut auf viel Anklang stösst.

Ein Risiko stellt die Gründung gleichwohl dar: Der Aufbau einer Partei erfordert Geschick und Ausdauer; zudem könnten Konflikte auftreten, sollten neue Themen auf der Agenda erscheinen, zu denen die Gründer noch keine gemeinsame Position haben. Den Vorwurf des Personenkults wies Wagenknecht zurück: Dass die Partei «Bündnis Sahra Wagenknecht» heissen soll, habe rein pragmatische Gründe: Ihr Name sei nun einmal bekannt. Habe sich die Partei erst einmal etabliert, sei eine Umbenennung möglich.

Für Wagenknecht dürfte die Gründung die letzte Chance sein, eine grosse Rolle auf der politischen Bühne zu spielen: Die Initiative «Aufstehen», durch die sie vor fünf Jahren versuchte, der Politik neue Impulse zu geben, ist gescheitert. Sollte sie wieder scheitern, müsste sich die Bestseller-Autorin wohl auf die Felder zurückziehen, auf denen sie bisher reüssiert: Talkshows und den Buchmarkt.